

## **Reporters sans Frontières: 1993 Report. Freedom of the Press Throughout the World**

London, Paris, Rome: John Libbey 1993, 377 S., £ 15,-

"Die Türkei wird in Zukunft an der Spitze der Länder stehen, die keine Menschenrechtsprobleme haben". Was der türkische Justizminister Ende 1991 vollmundig verkündete, klingt wie purer Zynismus angesichts der von Menschenrechtsorganisationen dokumentierten staatlichen Übergriffe auf Journalisten in den folgenden zwölf Monaten. In dem englischsprachigen Jahresbericht von "Reporters sans Frontières" kann man nachlesen, daß 1992 zwölf Journalisten in der Türkei unter nicht geklärten Umständen gewaltsam zu Tode kamen. 35 Zeitungen wurden insgesamt 121mal beschlagnahmt - unter dem Vorwand, sie betrieben separatistische Propaganda.

In 123 Ländern der Welt beobachten die Mitglieder von "Reporters sans Frontières" seit 1985 Verletzungen der Informations- und Pressefreiheit und dokumentieren diese jedes Jahr detailliert. Da nur eine unabhängige Presse über die Einhaltung der Menschenrechte wachen kann, verwundert es wenig, daß totalitäre Staaten seit jeher als erstes die Presse gleichgeschaltet haben. Darunter sind auch Länder, die mittlerweile die UNO-Menschenrechtscharta unterschrieben haben. Besonders brisant ist der "Reporters sans Frontières"-Jahresbericht daher auch an den Stellen, wo er staatlichen Organen demokratisch regierter Länder Verletzungen der Informationsfreiheit vorwirft - wie im Falle der Türkei.

Das größte Manko des voluminösen Jahresberichts ist, daß er einem unbefangenen und nicht in Medienfragen bewanderten Leser kaum Auskunft über "Reporters sans Frontières" gibt. Insbesondere wäre es zentral, die finanzielle und politische Unabhängigkeit der Organisation offenzulegen. Daß "Reporters sans Frontières" nach dem französischen Modell der "Médecins sans Frontières" gegründet wurde, muß man sich z.B. zu den wenigen Informationen auf S.369 selbst dazudenken. Sinnvoll wäre sicher ein noch größerer Informationsfluß zwischen den unterschiedlichen Menschenrechtsorganisationen, die sich der wahrlich schwierigen Überwachung der Informationsfreiheit widmen (auf internationaler Ebene u.a. Amnesty International, Pen International, das Rote Kreuz, die International Federation of Journalists sowie diverse nationale Verbände). Vielleicht könnten so auch häufig festzustellende widersprüchliche Angaben dieser

Organisationen über einschlägige Verstöße vermieden werden - was Jahrbücher wie dieses um so glaubwürdiger und effektiver machen würde. Es ist den Verfassern des vorliegenden Jahrbuchs zu wünschen, daß sie mit unangenehmen Berichten wie diesem auch über die Tagesaktualität hinaus die weltweit eher noch zu- denn abnehmenden Verstöße gegen die Pressefreiheit in Erinnerung rufen und im öffentlichen Bewußtsein halten können.

Um beim Beispiel der Türkei zu bleiben: Daß sich die Dinge seit 1992 keineswegs zum Besseren verändert haben, belegt der vom Internationalen Presseinstitut in Wien vorgelegte Bericht über das Jahr 1993. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* berichtete am 17.2.1994, daß das Institut darin die Befürchtung äußere, "die Türkei kehre zu einer Phase der Zensur und beharrlicher Menschenrechtsverletzungen zurück, um des kurdischen Widerstands Herr zu werden". Wahrlich keine rosigen Aussichten für die Wahrung der Pressefreiheit im Jahr 1994.

Manfred Hattendorf (Karlsruhe)